

Integration – von der Politik verschlafen

Zuwanderungsexperte Klaus J. Bade: „Was man verdrängt, das kann man nicht gestalten“

VON ALEXANDER JUNGKUNZ



Drängte seit Jahrzehnten meist vergeblich zu mehr Integration: Migrationsforscher Klaus J. Bade. Foto: Horst Linke

willige Einwanderer nicht wundern“: So bringt er die jahrzehntelangen Versäumnisse einer Politik auf den Punkt, die lange ignoriert hat, dass Deutschland eben doch ein Einwanderungsland ist – mit allen Problemen, aber auch Chancen. „Was man verdrängte, das konnte man nicht gestalten“, sagt Bade zur „demonstrativen Erkenntnisverweigerung“ der Politik.

Das hat sich nun geändert – auch wegen der immer wieder laut gewordenen (und heftig attackierten) Mahnungen von Experten wie Bade. Inzwischen sagt zum Beispiel Bundespräsident Horst Köhler ganz offen, Deutschland habe „das Thema Integration verschlafen“. Die Folge: Allmählich beginne das, was Bade als „nachholende Integrationspolitik“ bezeichnet – in kleinen Schritten entdecke man die seit langem hier lebenden, aber oft schlecht integrierten Zuwanderer als vernachlässigte Gruppe. „Die Zahl der dauerhaft im Lande lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, die niemals

die heute für selbstverständlich erachteten Eingliederungshilfen erhalten haben, übersteigt um ein Vielfaches die stets weiter schrumpfende Gruppe der Neuzuwanderer“, schreibt Bade. Deren Benachteiligung durch zu schlechte Bildung und Qualifizierung sei „das eigentliche Integrationsproblem“. Der Gipfel mit seinem 400 Punkte umfassenden Integrationsplan versucht da, wenigstens einige Versäumnisse nachzuholen.

„Befreiungsschlag“ nötig

Nötig sei zudem aber auch ein „migrationspolitischer Befreiungsschlag“ für die flexiblere Steuerung künftiger Zuwanderung. Die geltenden Regelungen seien bei weitem zu starr und zu rigide, kritisiert nicht nur Bade – auch Unionspolitiker, die gerade erst das Zuwanderungsgesetz verschärft haben, denken nun angesichts des beginnenden Fachkräftemangels wieder an Lockerungen. Bade wirbt erneut für ein Punktesystem, das den Bedarf des Zuwanderungslandes und die Qualifikationen der Zuwanderer abgleicht. Deutschland steht ohne ein solches Instrumentarium da – „in einer Zeit, in der die Ab- und Auswanderung qualifizierter Kräfte wächst“ und die Zuwanderung solcher Kräfte schrumpft.

Auch er war Teilnehmer beim „Integrationsgipfel“ – und sieht in diesem Treffen eine späte Bestätigung seiner jahrzehntelangen Mahnungen: Klaus J. Bade, Historiker und Zuwanderungsexperte mit Nürnberger Wurzeln. Gerade erst las er der Politik noch einmal kräftig die Leviten.

NÜRNBERG – „Leviten lesen“, so hieß die Abschiedsvorlesung, mit der Klaus J. Bade in den akademischen (Un-)Ruhestand wechselte: Ein teils zorniger Rück- und ein eher hoffnungsvoller Ausblick auf die deutsche Zuwanderungspolitik war das, den der 1944 geborene Professor an seinem Osnabrücker Lehrstuhl hielt.

Bade, der in Nürnberg aufwuchs und lange an der Uni Erlangen lehrte, zieht eine Zwischenbilanz, die sich deutlich unterscheidet von „Schreckbildern“ oder „katastrophistischen Bewertungen“, die gut ankommen in vielen deutschen Medien. „Es gibt in Sachen Migration und Integration keinen Anlass zu nationaldepressiven Selbstbeschreibungen“: Trotz „lange fehlender Integrationskonzepte“ ist der deutsche „Weg in die Einwanderungsgesellschaft“ für ihn ein „pragmatischer Erfolgsfall“. Wenig spektakulär und damit auch nicht schlagzeilenträchtig sei da oftmals Integration

gelingen. Und „gelingende Integration zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie unauffällig bleibt“. Was ihn stört an der deutschen Debatte, das sind Stereotypen und Klischees, Verallgemeinerungen und falsche Zuspitzungen: Bade wehrt sich gegen Katastrophen-Szenarien wie gegen „harmonistisches Schönreden“.

Kollektive Verdächtigungen

All jenen, die von „den“ Ausländern schwadronieren, entgegnet er: „Kollektive Verdächtigungen halten eine Schaukel der Desintegration in Gang, denn sie schwächen die Akzeptanzbereitschaft der verschreckten Mehrheitsgesellschaft ebenso wie die Integrationsbereitschaft der denunzierten Zuwanderergruppen: statistisch ablesbar an der wachsenden Islamophobie bei der Mehrheitsgesellschaft und an der rückläufigen Entwicklung der Einbürgerungszahlen bei der Zuwandererbevölkerung.“

„Ein Einwanderungsland wider Willen sollte sich über gelegentlich wider-